



# Rahmenvertrag für die Erbringung von Leistungen im Informatikbereich

basierend auf der Vergabe der öffentlichen Ausschreibung

## (24193) 104 Website Quality Assurance Tool

publiziert auf der Plattform [www.simap.ch](http://www.simap.ch) (Nr. am *Datum auswählen*)

abgeschlossen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft handelnd durch:

**Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL)**  
**Fellerstrasse 21**  
**CH-3003 Bern**

nachstehend bezeichnet mit "Beschaffungsstelle"

für die

**Bundeskanzlei BK**  
**Digitale Transformation und IKT-Lenkung DTI**  
**Monbijoustrasse 91**  
**CH-3003 Bern**

nachstehend bezeichnet mit "Bedarfsstelle", gemeinsam nachstehend je einzeln oder zusammen „Vergabestelle“

und der Unternehmung

***Genaue Firmenbezeichnung eingeben***  
***Adresse eingeben***  
***PLZ/Ort eingeben***

nachstehend bezeichnet mit "Firma"

## Inhalt

Ausgangslage, Projektbeschreibung und Ziele .....	3
1 Vertragsgegenstand .....	3
2 Vertragsbestandteile .....	3
3 Verhältnis von Rahmenvertrag zu Einzelverträgen .....	4
4 Leistungen der Firma .....	4
4.1 Leistungsbeschreibung .....	4
4.2 Prozess des Abrufverfahrens .....	6
5 Qualitätssicherung .....	6
6 Mitwirkungsobliegenheiten der Bedarfsstelle .....	7
7 Schlüsselpersonen .....	7
8 Eskalationsverfahren .....	8
9 Change Management (Leistungsänderungen) .....	8
10 Erfüllungsort .....	9
11 Termine .....	9
12 Vergütung .....	9
13 Rechnungstellung / Zahlungsplan .....	13
14 Sozialversicherungen .....	13
15 Konventionalstrafen .....	13
16 Schutzrechte .....	14
17 Gewährleistung und Haftung .....	14
18 Weitere Bestimmungen .....	14
18.1 Integritätsklausel .....	14
18.2 Selbstdeklaration .....	14
18.3 Subunternehmer .....	14
18.4 Sonstige Bestimmungen .....	14
18.4.1 Schutz der Informatikmittel vor Cyberangriffen und Meldepflicht .....	14
18.5 Offenlegungspflicht .....	15
18.6 Kreditvorbehalt .....	16
19 Dokumentation und Abschlussarbeiten .....	16
20 Abtreten von Forderungen / Übertragung Rechtsverhältnis .....	16
21 Keine einfache Gesellschaft .....	16
22 Anwendbares Recht / Gerichtsstand .....	16
23 Gültigkeitsdauer, Änderungen und Beendigung des Rahmenvertrags .....	16
23.1 Inkrafttreten / Rahmenvertragsdauer .....	16
23.2 Rahmenvertragsänderungen .....	17
23.3 Kündigung aus wichtigem Grund .....	17
24 Ausfertigung / Unterzeichnung durch die Vertragsparteien .....	18

## Ausgangslage, Projektbeschreibung und Ziele

Auf Grundlage der öffentlichen Ausschreibung sowie der dazugehörigen Unterlagen vom **Datum auswählen** auf der Publikationsplattform [www.simap.ch](http://www.simap.ch) hat die Firma ein Angebot zu den von der Verga-

bestelle nachgefragten Leistungen eingereicht. Der Firma wurde mit Publikation Nr. **Nummer eingeben** auf [www.simap.ch](http://www.simap.ch) am **Datum auswählen** der Zuschlag erteilt. Die diesbezüglichen vertraglichen Bedingungen werden in der vorliegenden Vertragsurkunde sowie den dazugehörigen Bestandteilen geregelt.

Die zu realisierenden Projekte können zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses nur teilweise bestimmt werden. Infolge dieser Ausgangslage vereinbaren die Parteien einen Rahmenvertrag.

Gestützt auf den vorliegenden Rahmenvertrag werden mit Bezug auf die Realisierung einzelner Projekte jeweils Einzelverträge in Form von Dienstleistungen zwischen der Firma und der Bedarfsstelle vereinbart. Verbindliche projektbezogene Leistungen ergeben sich jeweils erst aus den Einzelverträgen; aus der vorliegenden Vereinbarung ergibt sich weder eine Bezugspflicht der Vergabestelle noch eine Leistungspflicht der Firma.

## 1 Vertragsgegenstand

Der vorliegende Rahmenvertrag regelt grundsätzlich die Rechte und Pflichten der Parteien für die Erbringung von Leistungen im Umfeld Website Quality Assurance von auftragrechtlicher Natur.

Er bezweckt insbesondere die Herstellung eines koordinierten Prozesses im Rahmen der Realisierung von Einzelprojekten sowie die Harmonisierung der Abläufe mit Blick auf die bestehenden und zukünftigen Geschäftsbeziehungen.

## 2 Vertragsbestandteile

Die Bestimmungen der vorliegenden Vertragsurkunde gehen im Fall von Widersprüchen sämtlichen anderen Einzelverträgen und Nachträgen vor, sofern die Parteien darin nicht ausdrücklich und unter Hinweis auf eine Abweichung der vorliegenden Vertragsurkunde eine andere Regelung vorsehen.

Im Übrigen sind integrierende Bestandteile des vorliegenden Rahmenvertrages in nachstehender Rangfolge:

- a) Die vorliegende Vertragsurkunde inkl. allfälliger Nachträge dazu
- b) Die Anhänge zur vorliegenden Vertragsurkunde
- c) Die Ausschreibung sowie die dazugehörigen Unterlagen (insbesondere Pflichtenheft) für das Projekt (24193) 104 Website Quality Assurance Tool
- d) Sämtliche Einzelverträge inklusive allfälliger Nachträge dazu
- e) Sämtliche Anhänge zu den Einzelverträgen inklusive allfälliger Nachträge dazu
- f) Es kommen die aufgrund der im jeweiligen Einzelvertrag vereinbarten Leistungsgegenstände anwendbaren Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Bundes zur Anwendung. Das heisst die AGB für:
  - Informatikdienstleistungen (Ausgabe Oktober 2010, Stand Januar 2024)
- g) Das Angebot der Firma vom **Datum auswählen** sowie deren Nachofferte vom **Datum auswählen**

Im Falle von Widersprüchen zwischen einzelnen Vertragsbestandteilen gilt die vorstehend genannte Rangfolge. Bei Widersprüchen zwischen den Anhängen innerhalb derselben Hierarchiestufe gilt, dass jüngere Bestimmungen älteren Bestimmungen vorgehen.

Das Angebot der Firma darf die anderen Vertragsbestandteile nicht modifizieren, sondern dient nur der Konkretisierung von Punkten, welche in den anderen Vertragsbestandteilen nicht hinreichend geregelt sind.

Die Vertragsparteien bestätigen mit der Unterzeichnung des vorliegenden Vertrages, dass sie im Besitze der bereits bestehenden, obgenannten Vertragsbestandteile sind und diese auch in der genannten Rangfolge anerkennen.

**Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Firma sind wegbedungen.**

### 3 Verhältnis von Rahmenvertrag zu Einzelverträgen

Aus dem vorliegenden Rahmenvertrag entsteht für die Vergabestelle keine Verpflichtung zur Inanspruchnahme irgendwelcher Leistungen (insbesondere keine Bezugspflicht beziehungsweise keine Mindestbezugspflicht oder dgl.) bei der Firma. Eine solche Pflicht entsteht ausschliesslich gestützt auf die Vereinbarung eines unter Bezugnahme und Einhaltung der Bestimmungen des vorliegenden Rahmenvertrages zwischen den Parteien abgeschlossenen Einzelvertrages.

Der Abschluss eines gültigen und verbindlichen Einzelvertrages bedingt die Gültigkeit des vorliegenden Rahmenvertrages.

Die Beendigung des vorliegenden Rahmenvertrages führt nicht zur Beendigung eines während seiner Geltungsdauer und auf seiner Grundlage vereinbarten Einzelvertrages. Die Bestimmungen des vorliegenden Rahmenvertrages gelten in diesem Falle als Bestandteil des auf seiner Grundlage vereinbarten Einzelvertrages bis zu dessen Beendigung fort.

Die Laufzeit der Einzelverträge darf maximal 2 Jahre über das Ende des vorliegenden Rahmenvertrages hinaus vereinbart werden.

### 4 Leistungen der Firma

#### 4.1 Leistungsbeschreibung

Die Firma erbringt gestützt auf den jeweils zwischen der Bedarfsstelle und der Firma abgeschlossenen Einzelvertrag die darin vereinbarten Leistungen im Zusammenhang mit Website Quality Assurance.

Die Leistungen der Firma während der Rahmenvertragslaufzeit umfassen:  
Auftragsrechtliche Leistungen.

#### Grundauftrag:

Es werden keine Leistungen im Grundauftrag vergeben.

#### Optionale Leistungen:

Die Firma stellt eine Web-basierte, einfach zu bedienende Benutzeroberfläche (GUI) zur Verfügung und ermöglicht der Bundesverwaltung damit Überwachung und Analyse der Webseiten über eine intuitive und anpassbare Web-Schnittstelle. Die Firma stellt die Verfügbarkeit, Sicherheit, Aktualität und Leistungsfähigkeit der Lösung sicher. Die nachfolgenden Module OP01 bis OP07 können von den Verwaltungseinheiten bezogen werden:

ID	Bezeichnung	Beschreibung	Dauer
OP01	Modul Quality Assurance	Prüfung und Verbesserung von Inhalten, Links, Rechtschreibung, Grammatik, Layout und Design.	01.05.2025 bis 31.12.2030
OP02	Modul Accessibility (Digitale Barrierefreiheit)	Prüfung und Verbesserung der Zugänglichkeit und Nutzerfreundlichkeit für alle Besucher, insbesondere für Menschen mit Behinderungen.	01.05.2025 bis 31.12.2030
OP03	Modul SEO (Search Engine Optimisation)	Prüfung und Verbesserung der Sichtbarkeit und des Rankings der Webseiten in Suchmaschinen.	01.05.2025 bis 31.12.2030
OP04	Modul Policy	Prüfung der Webseiten auf selbst definierten Richtlinien.	01.05.2025 bis 31.12.2030
OP05	Modul Privacy	Prüfung, ob personenbezogene Daten auf den Webseiten vorkommen.	01.05.2025 bis 31.12.2030
OP06	Schulung	für die entsprechenden Module	01.05.2025 bis 31.12.2030

Bestand, Inhalt und Umfang der einzelnen Leistungen der Firma unter Einschluss von Preisen, Terminen, Erfüllungsort und allenfalls weiteren Vereinbarungen ergeben sich aus dem jeweiligen Einzelvertrag. Optionale Leistungen können durch die Vergabestelle ganz, teilweise oder gar nicht bezogen werden.

### Betriebliche Anforderungen:

Die betrieblichen Anforderungen gelten für alle optionalen Leistungen respektive für jedes einzelne Modul.

Anforderung	Beschreibung
Systemverfügbarkeit	Die Lösung bietet eine Systemverfügbarkeit von mindestens 98%.
Supportzeiten	Die Firma ist mindestens während Mo. bis Fr. von 08:00 Uhr bis 17:00 Uhr CET ausser an Feiertagen (offizielle Feiertage Schweiz gemäss Art. 66 BPV) für Supportanfragen erreichbar.
Interventionszeit	<i>Gemäss Erfüllung ZK</i>
Meldung Wartungsfenster	<i>Gemäss Erfüllung ZK</i>
Support Sprachen	<i>Gemäss Erfüllung ZK</i>
Support Kanäle	<i>Gemäss Erfüllung ZK</i>
Ticket Transparenz	Die Bedarfsstelle kann jederzeit den Status/Fortschritt des Tickets nachsehen oder nachfragen.

### Anforderungen an Plattform

Die Anforderungen an die Plattform gelten für alle optionalen Leistungen respektive für jedes einzelne Modul.

Anforderung	Beschreibung
SaaS Lösung	Die Firma stellt sicher, dass während der Betriebslaufzeit alle Updates und Upgrades für die Module, wie Sicherheitsupdates, Aktualisierungen und neue Features automatisch eingespielt werden. Die Wartung ist vollumfänglich von der Firma sicherzustellen.
Zentrales Reporting	Die Firma stellt ein monatlicher Report über die SLA's, die Anzahl bezogener Webauftritte der einzelnen Module pro Verwaltungseinheiten und die konsolidiert bezogenen Webseiten pro Modul über die ganze Bundesverwaltung bereit. Der Report wird einerseits benötigt, um die SLA's, die Bezugsmengen und Rechnungen pro Modul/Gesamt pro Verwaltungseinheit und der Bundesverwaltung zu überprüfen. Andererseits können mit dem Report über die ganze BVerw Ende Oktober eines Jahres die Preise gemäss Bezugsmenge für das Folgejahr definiert werden. Zudem wird erwartet, dass jährlich mit dem Business Owner SD Webauftritte ein Service-/Portfolio-Meeting stattfindet, mit dem Fokus auf folgende Themen: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Service Qualität</li> <li>• Volumen zu Bestellungen über die BVerw</li> <li>• Preise vom Folgejahr</li> <li>• Ausblick auf neuste Entwicklungen des SaaS</li> </ul>
Auswirkung auf Performance der Webseite	<i>Gemäss Erfüllung ZK</i>

## 4.2 Prozess des Abrufverfahrens

Der Abruf, die Verhandlung und Vereinbarung des Einzelvertrages erfolgten gemäss dem nachstehend beschriebenen Prozess:

1. Die Bedarfsstelle erstellt eine möglichst detaillierte Beschreibung der Anforderungen, welche insbesondere eine ausführliche Beschreibung der zu erreichenden Arbeitsergebnisse und -ziele und der zu erbringenden Arbeitsleistungen enthält (Angebotsanfrage). Diese Angebotsanfrage wird der Firma standardisiert über ein Tool zugestellt (z.B. MTM)
2. Die Firma unterbreitet innert angemessener Frist elektronisch ein Angebot mit folgenden Angaben:
  - a) Lösungsbeschreibung, Leistungsbeschreibung, Vorgehen inkl. Abgrenzungen
  - b) Schriftliche Bestätigung der in der Angebotsanfrage festgehaltenen Mitwirkungsobligationen der Bedarfsstelle
  - c) Endzustand, Leistungsergebnisse, ggf. Bestätigung des vorgeschlagenen Abnahmeverfahrens
  - d) Terminplan, ggf. Liefertermine
  - e) Kalkulation der Aufwände
  - f) Preis (Festpreis und/oder Stundensatz mal Aufwand mit Kostendach)

**Hinweis: Für die Angebotserstellung wird keine Vergütung geleistet.**

3. Erstellen des Einzelvertrages (Auftrag) inkl. Verrechnungsinformationen durch die Bedarfsstelle und Weiterleitung an die Firma
4. Der Beginn der Arbeiten erfolgt nach gegenseitiger Unterzeichnung des Einzelvertrages.

### Besonderes:

Bei umfangreichen Arbeiten kann im Einzelvertrag jederzeit auf weitere, im Rahmen des Abrufs zu erstellende Dokumente verwiesen werden (Spezifikation, Pflichtenheft, Angebot, Abnahmekriterien, Qualitätsmerkmale, etc.).

Die projektspezifischen Bestimmungen ergeben sich aus dem jeweiligen Einzelvertrag.




## 5 Qualitätssicherung

Die Leistungsqualität der Firma und der eingesetzten Mitarbeitenden wird periodisch (mindestens halbjährlich) und bezogen auf das jeweilige Projekt, für das sie tätig ist, von der Bedarfsstelle (PL oder Linie) bewertet; die Ergebnisse werden zwischen den fachlichen und kommerziellen Schlüsselpersonen der Vertragsparteien besprochen.

Relevante Faktoren bei der Beurteilung sind:

- Termintreue und Aufwandstreue
- Qualität der Lieferobjekte / Dienstleistungen
- Qualität der Mitarbeitenden
- Qualität der Angebote im Abrufverfahren
- Dokumentation der Leistungsergebnisse
- Preis-Leistungs-Verhältnis

Dabei wird pro Auftrag und Mitarbeitenden eine Bewertung im Sinne einer Status-Ampel vorgenommen:

 (Grün)	 (Gelb)	 (Rot)
- Termintreue, Aufwand im Plan - Qualität ohne Einschränkungen	- Abweichungen in Termin und/oder Aufwand - Qualität mit Einschränkungen	- Massive Abweichungen in Termin und/oder Aufwand - Ungenügende Qualität

<ul style="list-style-type: none"> <li>- Einwandfreie, gute Leistung des Mitarbeitenden</li> <li>- Keine Beanstandungen zum Preis-Leistungs-Verhältnis</li> <li>- Die in der Ausschreibung gemachten Zusicherungen (hinsichtlich der Erfüllung der Minimalanforderungen aus den EK und TS) sowie die gemachten Zusicherungen in den Zuschlagskriterien hinsichtlich der Qualität und Qualifikation der einzusetzenden Mitarbeitenden werden korrekt eingehalten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Mittelmässige Leistung des Mitarbeitenden</li> <li>- Leichte Abweichungen der marktüblichen Preisgestaltung</li> <li>- Die in der Ausschreibung gemachten Zusicherungen (hinsichtlich der Erfüllung der Minimalanforderungen aus den EK und TS) sowie die gemachten Zusicherungen in den Zuschlagskriterien hinsichtlich der Qualität und Qualifikation der einzusetzenden Mitarbeitenden werden teilweise nicht eingehalten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Ungenügende Leistung des Mitarbeitenden</li> <li>- Marktunübliche Preisgestaltung</li> <li>- Die in der Ausschreibung gemachten Zusicherungen (hinsichtlich der Erfüllung der zugesicherten Minimalanforderungen aus den EK und TS) sowie die Einhaltung der gemachten Zusicherungen in den Zuschlagskriterien hinsichtlich der Qualität und Qualifikation der einzusetzenden Mitarbeitenden werden nicht eingehalten</li> </ul>
--	--	---

Resultierend aus den Einzelbewertungen erfolgt eine Gesamtbewertung über alle Einzelbewertungen, welche die Zufriedenheit über den beobachteten Zeitraum wiedergibt.

Konsequenzen der Beurteilung in Relation zur Anzahl/Periode:

Anzahl	Status	Massnahme
1		Die Firma hat schriftlich aufzuzeigen, welche Massnahmen ergriffen werden, damit keine Mängel mehr auftreten.
		Die Firma hat schriftlich aufzuzeigen, welche Massnahmen ergriffen werden, damit keine Mängel mehr auftreten. Die Geschäftsleitung beider Partner ist über den Zustand zu informieren.
2	+ (   )	Die Firma hat schriftlich aufzuzeigen, welche Massnahmen ergriffen werden, damit keine Mängel mehr auftreten. Die Geschäftsleitung beider Partner ist über den Zustand zu informieren.
	+	Diese Situation kann als ein wichtiger Kündigungsgrund gemäss Ziffer 23.3 angesehen werden.
3	+  + (   )	Diese Situation kann als ein wichtiger Kündigungsgrund gemäss Ziffer 23.3 angesehen werden.

## 6 Mitwirkungsobliegenheiten der Bedarfsstelle

Die Bedarfsstelle hat die folgenden Mitwirkungsobliegenheiten:

Keine

Zusätzliche Mitwirkungsobliegenheiten können bei Bedarf im Einzelvertrag vereinbart werden.

## 7 Schlüsselpersonen

Auf Seite der Firma liegt die Gesamtverantwortung (single point of contact, SPOC) bei:

<b>Name / Vorname</b>	<b>Name / Vorname eingeben</b>
<b>Funktion</b>	<b>Funktion eingeben</b>
<b>E-Mail</b>	<b>E Mail Adresse eingeben</b>
<b>Tel. Nr.</b>	<b>Tel. Nr. eingeben</b>

Namensliste der Schlüsselperson bei der Firma

Auf Seite der Bedarfsstelle liegt die Gesamtverantwortung bei:

<b>Name / Vorname</b>	<b>Name / Vorname eingeben</b>
<b>Funktion</b>	<b>Funktion eingeben</b>
<b>E-Mail</b>	<b>E Mail Adresse eingeben</b>

<b>Tel. Nr.</b>	<i>Tel. Nr. eingeben</i>
-----------------	--------------------------

*Namensliste der Schlüsselperson bei der Bedarfsstelle*

Die eingesetzten Mitarbeitenden und Schlüsselpersonen der Firma ergeben sich aus dem Angebot der Firma sowie aus dem jeweiligen Einzelvertrag.

Der freiwillige Austausch von eingesetzten Schlüsselpersonen und Mitarbeitenden bei der Firma ist nur mit vorgängig eingeholter Zustimmung der Bedarfsstelle zulässig.

## 8 Eskalationsverfahren

Im Falle von Uneinigkeiten erfolgt die Bereinigung gemäss dem nachstehenden Eskalationsverfahren. Eskalationsstufen auf Seiten der Vergabestelle:

<b>Eskalationsstufe</b>	<b>Beteiligte</b>
<b>1</b>	<i>Projektleiter</i>
<b>2</b>	<i>Projektauftraggeber auf Seiten der Auftraggeberin</i>
<b>3</b>	<i>Direktionsstufe</i>

*Eskalationsstufen seitens Vergabestelle*

Eskalationsstufen auf Seiten der Firma:

<b>Eskalationsstufe</b>	<b>Beteiligte</b>
<b>1</b>	<i>Funktion innerhalb der Unternehmung, Stufe und gegebenenfalls Vorname / Name eingeben</i>
<b>2</b>	<i>Funktion innerhalb der Unternehmung, Stufe und gegebenenfalls Vorname / Name eingeben</i>
<b>3</b>	<i>Funktion innerhalb der Unternehmung, Stufe und gegebenenfalls Vorname / Name eingeben</i>

*Eskalationsstufen seitens Firma*

Das Eskalationsverfahren hat keinen Einfluss auf die geltende Unterschriftenregelung. Sobald eine Einigung erzielt werden konnte, ist für allfällige Vertragsanpassungen oder rechtsverbindliche Vertragsauslegungen innert nützlicher Frist die Zustimmung der jeweils zeichnungsberechtigten Personen einzuholen.

Sollte binnen 30 Tagen innerhalb einer Stufe keine Einigung erzielt werden können, so ist jede Partei berechtigt, die Meinungsdivergenz der nächsthöheren Ebene - bzw. nach dem Erreichen der höchsten Ebene, dem zuständigen Gericht - schriftlich zu unterbreiten. Dabei sind mindestens zu nennen: Inhalt der Meinungsverschiedenheit, Ursache aus Sicht der betreffenden Partei, Auswirkungen auf das Preis- und Leistungs-Verhältnis, Lösungsvorschlag bzw. -ansätze.

Die Parteien wenden dieses Instrument nach Treu und Glauben mit dem gemeinsamen Ziel der einvernehmlichen Bereinigung von Meinungsdivergenzen an. Jede Partei trägt dabei ihren eigenen Aufwand.

Das Eskalationsverfahren muss nicht durchlaufen werden, sofern es offensichtlich sinnlos bzw. zwecklos ist (namentlich Konkursfall der Firma, Vertrauensverhältnis zwischen den Parteien tief erschüttert etc.).

## 9 Change Management (Leistungsänderungen)

Die Parteien können jederzeit im Rahmen der Erfüllung abgeschlossener Einzelverträge schriftlich Änderungen der vereinbarten Leistungen beantragen. Wünscht die Bedarfsstelle eine Änderung, teilt die Firma innert 10 Arbeitstagen schriftlich mit, ob die Änderung möglich ist und welche Auswirkungen sie insbesondere auf die zu erbringenden Leistungen, die Vergütung und die Termine hat. Die Bedarfsstelle entscheidet sich innert der gleichen Frist, ob die Änderung ausgeführt werden soll. Wünscht die Firma eine Änderung, so nimmt die Bedarfsstelle den begründeten Antrag innert der gleichen Frist an oder lehnt ihn ab.

Leistungsänderungen und allfällige Anpassungen von Vergütung, Terminen und anderen Vertragspunkten werden vor der Ausführung in einem Nachtrag zum jeweiligen Einzelvertrag schriftlich festgehalten.



Dabei dürfen das Kostendach bzw. der Festpreis, welche im vorliegenden Vertrag oder im jeweiligen Einzelvertrag festgelegt wurden, nicht überschritten werden.

## 10 Erfüllungsort

Erfüllungsort ist die nachstehend genannte Adresse der Bedarfsstelle. Abweichende Regelungen können sich aus dem Einzelvertrag ergeben.

Bundeskanzlei BK  
Digitale Transformation und IKT-Lenkung DTI  
Monbijoustrasse 91, 3003 Bern

## 11 Termine

Soweit in den Einzelverträgen vereinbarte Termine ausdrücklich als verzugsbegründend benannt sind, gilt:

Mit unbenutztem Verstreichen der Termine gerät die Firma ohne weiteres in Verzug, d.h. ohne dass es einer Mahnung seitens der Bedarfsstelle bedarf.

Gerät die Firma in Verzug, schuldet sie eine Konventionalstrafe gemäss den Bestimmungen der gemäss Einzelvertrag anwendbaren AGB (vgl. Ziff. 2).

## 12 Vergütung

Die Firma erbringt die Leistungen nach Massgabe der vorliegenden Vereinbarung und gestützt auf den jeweils abgeschlossenen Einzelvertrag wie folgt:

- nach Aufwand mit oberer Begrenzung der Vergütung (Kostendach).

Der maximale Umfang aller aus diesem Rahmenvertrag abrufbaren Leistungen ergibt sich aus der Publikation der Vergabe im Informationssystem über das öffentliche Beschaffungswesen in der Schweiz [www.simap.ch](http://www.simap.ch):

Vergütung für optionale Leistungen

Preise zum Bezug einzelner Module für Website Quality Assurance Tool:

OP01 Modul Quality Assurance			
Position	Bezeichnung	Anzahl Webseiten Mengenkategorie	Preis pro Webseite pro Jahr (exkl. MWST)
OP01-1	Modul Quality Assurance bei einem Bezug von:	1- 50'000	CHF
OP01-2	Modul Quality Assurance bei einem Bezug von:	50'001 - 100'000	CHF
OP01-3	Modul Quality Assurance bei einem Bezug von:	100'001 - 200'000	CHF
OP01-4	Modul Quality Assurance bei einem Bezug von:	200'001 - 300'000	CHF
OP01-5	Modul Quality Assurance bei einem Bezug von:	300'001 - 400'000	CHF
OP01-6	Modul Quality Assurance bei einem Bezug von:	400'001 - 500'000	CHF
OP01-7	Modul Quality Assurance bei einem Bezug von:	500'001 - 1'000'000	CHF

## OP02 Modul Accessibility

Position	Bezeichnung	Anzahl Webseiten Mengenkategorie	Preis pro Web- seite pro Jahr (exkl. MWST)
OP02-1	Modul Accessibility bei einem Bezug von:	1- 50'000	CHF
OP02-2	Modul Accessibility bei einem Bezug von:	50'001 - 100'000	CHF
OP02-3	Modul Accessibility bei einem Bezug von:	100'001 - 200'000	CHF
OP02-4	Modul Accessibility bei einem Bezug von:	200'001 - 300'000	CHF
OP02-5	Modul Accessibility bei einem Bezug von:	300'001 - 400'000	CHF
OP02-6	Modul Accessibility bei einem Bezug von:	400'001 - 500'000	CHF
OP02-7	Modul Accessibility bei einem Bezug von:	500'001 - 1'000'000	CHF

OP03 Modul SEO			
Position	Bezeichnung	Anzahl Webseiten Mengenkategorie	Preis pro Web- seite pro Jahr (exkl. MWST)
OP03-1	Modul SEO bei einem Bezug von:	1- 50'000	CHF
OP03-2	Modul SEO bei einem Bezug von:	50'001 - 100'000	CHF
OP03-3	Modul SEO bei einem Bezug von:	100'001 - 200'000	CHF
OP03-4	Modul SEO bei einem Bezug von:	200'001 - 300'000	CHF
OP03-5	Modul SEO bei einem Bezug von:	300'001 - 400'000	CHF
OP03-6	Modul SEO bei einem Bezug von:	400'001 - 500'000	CHF
OP03-7	Modul SEO bei einem Bezug von:	500'001 - 1'000'000	CHF

OP04 Modul Policy			
Position	Bezeichnung	Anzahl Webseiten Mengenkategorie	Preis pro Web- seite pro Jahr (exkl. MWST)
OP04-1	Modul Policy bei einem Bezug von:	1- 50'000	CHF
OP04-2	Modul Policy bei einem Bezug von:	50'001 - 100'000	CHF
OP04-3	Modul Policy bei einem Bezug von:	100'001 - 200'000	CHF
OP04-4	Modul Policy bei einem Bezug von:	200'001 - 300'000	CHF
OP04-5	Modul Policy bei einem Bezug von:	300'001 - 400'000	CHF
OP04-6	Modul Policy bei einem Bezug von:	400'001 - 500'000	CHF
OP04-7	Modul Policy bei einem Bezug von:	500'001 - 1'000'000	CHF

OP05 Modul Privacy			
Position	Bezeichnung	Anzahl Webseiten Mengenkategorie	Preis pro Web- seite pro Jahr (exkl. MWST)
OP05-1	Modul Privacy bei einem Bezug von:	1- 50'000	CHF
OP05-2	Modul Privacy bei einem Bezug von:	50'001 - 100'000	CHF
OP05-3	Modul Privacy bei einem Bezug von:	100'001 - 200'000	CHF
OP05-4	Modul Privacy bei einem Bezug von:	200'001 - 300'000	CHF
OP05-5	Modul Privacy bei einem Bezug von:	300'001 - 400'000	CHF
OP05-6	Modul Privacy bei einem Bezug von:	400'001 - 500'000	CHF
OP05-7	Modul Privacy bei einem Bezug von:	500'001 - 1'000'000	CHF

OP06 Schulung für die Module			
Position	Bezeichnung	Anzahl Schulungen pro Jahr	Preis pro Schulung (exkl. MWST)
OP06-1	Der Anbieter bietet für die bezogenen Module zweimal jährlich eine Schulung an.	2	CHF

OP01-05 Gesamtpaket Website Quality Assurance Tool			
Position	Bezeichnung	Anzahl Webseiten	Totalpreis pro Webseite pro Jahr (ganzes Paket) (exkl. MWST)
WQAT-1	Gesamtpaket Website Quality Assurance Tool bei einem Bezug von:	1- 50'000	CHF
WQAT-2	Gesamtpaket Website Quality Assurance Tool bei einem Bezug von:	50'001 - 100'000	CHF
WQAT-3	Gesamtpaket Website Quality Assurance Tool bei einem Bezug von:	100'001 - 200'000	CHF
WQAT-4	Gesamtpaket Website Quality Assurance Tool bei einem Bezug von:	200'001 - 300'000	CHF
WQAT-5	Gesamtpaket Website Quality Assurance Tool bei einem Bezug von:	300'001 - 400'000	CHF
WQAT-6	Gesamtpaket Website Quality Assurance Tool bei einem Bezug von:	400'001 - 500'000	CHF
WQAT-7	Gesamtpaket Website Quality Assurance Tool bei einem Bezug von:	500'001 - 1'000'000	CHF

#### Gesamtkostendach: CHF (exkl. MWST)

Alle Preise verstehen sich exklusive der zum Zeitpunkt der Rechnungsstellung gültigen Mehrwertsteuer.

In den Preisen sind sämtliche Nebenkosten (im Besonderen Spesen, Versicherungen, Sozialversicherungskosten/-beiträge etc.) enthalten und, wenn gefordert, sind diese im Rahmen des Abrufverfahrens gesondert auszuweisen.

Es gelten die folgenden Vorbehalte:

- Es besteht für die Firma kein Anspruch darauf, dass die Bedarfsstelle Leistungen bis zum Erreichen des vorgenannten maximalen Beschaffungsvolumens abrufen.
- Es werden nur Leistungen vergütet, welche gemäss den im Einzelvertrag getroffenen Vereinbarungen erbracht wurden.
- Die Bedarfsstelle behält sich vor, Leistungen aus diesem Rahmenvertrag und dazugehörigen Einzelverträgen auch zugunsten weiterer Bedarfsstellen innerhalb der zentralen Bundesverwaltung erbringen zu lassen.

Der Abruf der Leistungen erfolgt unter dem Vorbehalt der Verfügbarkeit der Kredite.

**Bei Leistungen nach Aufwand mit Kostendach:**

Die Firma erstellt für alle erbrachten Leistungen/Services einen Rapport, der von beiden Vertragspartnern visiert wird. Der Rapport nennt den genauen Zeitpunkt des Arbeitsbeginns, den Inhalt der Arbeit sowie deren Dauer. Der von der Firma unterzeichnete Arbeitsrapport hat unaufgefordert innert 10 Arbeitstagen seit Monatsende bei der Bedarfsstelle einzugehen. Zahlungen werden unter der Voraussetzung der Genehmigung der Arbeitsrapporte durch die Bedarfsstelle geleistet. Die Genehmigung der Bedarfsstelle hat dabei innert 10 Tagen seit Erhalt des Rapports zu erfolgen, sofern die Bedarfsstelle keine Vorbehalte gegen den Rapport anbringt. Allfällige Vorbehalte sind der Firma ebenfalls innert 10 Arbeitstagen seit Erhalt des Rapports schriftlich mitzuteilen.

## 13 Rechnungstellung / Zahlungsplan

Die Firma fakturiert der Bedarfsstelle ihre Leistungen mittels elektronischer Rechnung (E-Rechnung). Informationen der Bundesverwaltung zur E-Rechnung sind auf folgender Webseite verfügbar:

<https://www.efv.admin.ch/efv/de/home/efv/erechnung/aktuell.html>

Die Rechnungsstellung wird im Einzelvertrag definiert. Abweichende bzw. ergänzende Vereinbarung vorbehalten, gilt:

- a) Bei Leistungen nach Aufwand mit Kostendach: Die Firma stellt monatlich Rechnung. Sie legt der E-Rechnung die jeweiligen genehmigten Rapporte im PDF-Format bei. Die Bedarfsstelle leistet die Zahlung, sofern sie die Leistungsrapporte genehmigt hat.
- b) Bei Leistungen zu einem vereinbarten Festpreis: Die Firma stellt nach Genehmigung sämtlicher Rapporte / des Schlussrapports / des Schlussberichts Rechnung.
- c) Bei Leistungen zu einem Festpreis mit Zahlungsplan: Die Firma stellt E-Rechnung für Teilzahlungen gemäss dem im Einzelvertrag definierten Zahlungsplan zu den vereinbarten Bedingungen. Zahlungen für Teilleistungen werden nur zur Zahlung fällig, sofern die dafür geltenden Voraussetzungen gemäss Einzelvertrag erfüllt sind.

## 14 Sozialversicherungen

Die aufgrund des vorliegenden Rahmenvertrages und gestützt darauf gemäss vereinbarten Einzelverträgen zu erbringenden Tätigkeiten / Leistungen gelten sozialversicherungsrechtlich als selbständige Erwerbstätigkeit. Die Firma ist somit selbst besorgt, die Beiträge für sich und ihre Mitarbeitenden mit ihrer AHV-Ausgleichskasse abzurechnen. Die Bedarfsstelle schuldet der Firma und deren Mitarbeitenden somit keine Sozialversicherungsbeiträge (AHV, IV, EO, ALV, usw.) oder anderweitige Entschädigungsleistungen, wie namentlich bei Ferien, Krankheit, Unfall, Invalidität oder Tod.

Sollte die AHV-Ausgleichskasse diesen Vertrag entgegen den Erwartungen in einem späteren Zeitpunkt als unselbständige Erwerbstätigkeit qualifizieren und Sozialversicherungsbeiträge bei der Vergabestelle einfordern, verpflichtet sich die Firma diese der Vergabestelle nachträglich gegen Rechnungsstellung innert 30 Tagen zu ersetzen.

## 15 Konventionalstrafen

Verletzt die Firma Arbeitsschutzbestimmungen, Arbeitsbedingungen und Lohngleichheit von Frau und Mann (Ziff. 5 der AGB für Informatikdienstleistungen (Ausgabe Oktober 2010, Stand Januar 2024)), Termine (Ziff. 14 der AGB für Informatikdienstleistungen (Ausgabe Oktober 2010, Stand Januar 2024) bzw. Ziff. 20 der AGB für Informatikdienstleistungen (Ausgabe Oktober 2010, Stand Januar 2024)) oder Geheimhaltungspflichten (Ziff. 16 der AGB für Informatikdienstleistungen (Ausgabe Oktober 2010, Stand Januar 2024) bzw. Ziff. 22 der AGB für Informatikdienstleistungen (Ausgabe Oktober 2010, Stand Januar 2024)), schuldet sie eine Konventionalstrafe gemäss der entsprechenden Ziffer der AGB.

Betreffend die Integritätsklausel wird auf nachstehende Ziff. 19.1 verwiesen.

## 16 Schutzrechte

Alle bei der Vertragserfüllung entstandenen Schutzrechte gehören der Vergabestelle (Ziff. 18 der AGB für Informatikdienstleistungen (Ausgabe Oktober 2010, Stand Januar 2024)). Auch allfällige Eigen-

tumsrechte an den Arbeitsresultaten, welche die externen Mitarbeitenden im Laufe der Vertragserfüllung erzielt bzw. entwickelt oder weiterentwickelt haben, gehen ausschliesslich auf die Vergabestelle über. Solche Arbeitsresultate dürfen von externen Mitarbeitenden selbst oder von der Firma nicht anderweitig verwendet werden.

## **17 Gewährleistung und Haftung**

Die Haftung für diesen Rahmenvertrag ergibt sich aus Ziff. 20 AGB DL.

Die Haftung und Gewährleistung aus dem Einzelvertrag ergeben sich aus den Bestimmungen der im Einzelfall anwendbaren AGB (vgl. Ziff. 2).

## **18 Weitere Bestimmungen**

### **18.1 Integritätsklausel**

Die Vertragsparteien verpflichten sich, alle erforderlichen Massnahmen zur Vermeidung von Korruption zu ergreifen, so dass insbesondere keine Zuwendungen oder andere Vorteile angeboten oder angenommen werden. Bei Missachtung der Integritätsklausel hat die Firma der Vergabestelle eine Konventionalstrafe zu bezahlen. Diese beträgt 10% der Vertragssumme, mindestens aber CHF 3'000.-- je Verstoss.

Die Firma nimmt zur Kenntnis, dass ein Verstoss gegen die Integritätsklausel in der Regel zu einer Auflösung des Vertrages aus wichtigen Gründen durch die Vergabestelle führt.

### **18.2 Selbstdeklaration**

Die Firma hat mittels Selbstdeklarationsformular der Beschaffungskonferenz des Bundes (BKB) die Einhaltung der anwendbaren Arbeitsschutzbestimmungen, der Arbeitsbedingungen, der Melde- und Bewilligungspflichten gemäss Bundesgesetz gegen die Schwarzarbeit (BGSA, SR 822.41), der Lohn- gleichheit von Frau und Mann, des Umweltrechts und der Regeln zur Vermeidung von Korruption bestätigt (Art. 12 BöB, SR 172.056.1; Art. 4 und Anhang 3 VöB, SR 172.056.11).

### **18.3 Subunternehmer**

Subunternehmer sind nicht zugelassen.

### **18.4 Sonstige Bestimmungen**

#### **18.4.1 Schutz der Informatikmittel vor Cyberangriffen und Meldepflicht**

I. Die Firma verpflichtet sich, ihre Informatikmittel (d.h. Mittel der Informations- und Kommunikationstechnik, namentlich Anwendungen, Informationssysteme und Datensammlungen sowie Einrichtungen, Produkte und Dienste, die zur elektronischen Verarbeitung von Informationen dienen) mit potenzieller Berührung zum vorliegenden Vertragsgegenstand nach dem jeweils aktuellen Stand der Technik vor Cyberangriffen dem Risiko angemessen zu schützen.

Die Firma stellt sicher, dass die von der Bedarfsstelle vordefinierten Aktivitäten aufgezeichnet und diese Aufzeichnungen laufend ausgewertet werden, um Cyberangriffe frühzeitig erkennen und abwehren zu können.

Die Firma ist verpflichtet, die Verwirklichung einer erkannten Gefahr wirksam zu verhindern, deren Behebung umgehend einzuleiten und die Bedarfsstelle unverzüglich darüber zu informieren.

Die Firma behebt vor, während oder nach einem Cyberangriff entdeckte Schwachstellen (d.h. Schwächen oder Fehler in Informatikmitteln mit dem Potenzial, einen Cyberangriff zu ermöglichen) umgehend und auf eigene Kosten.

Als «Cyberangriff» gilt jedes absichtlich ausgelöste Ereignis bei der Nutzung von Informatikmitteln, das dazu führt, dass die Vertraulichkeit, Verfügbarkeit oder Integrität von Informationen oder die Nachvollziehbarkeit ihrer Bearbeitung beeinträchtigt ist.

II. Die Firma verpflichtet sich, bei der Bearbeitung von Daten und Informationen des Bundes die Anforderungen und Vorgaben des Datenschutzgesetzes (DSG<sup>1</sup>) und des Informationssicherheitsgesetzes (ISG<sup>2</sup>) unter Einschluss der jeweiligen Ausführungsverordnungen sowie zum IKT-Grundschutz des Bundes zu beachten und einzuhalten.

III. Die Firma meldet potenziell erfolgreiche Cyberangriffe, wenn also die Vertraulichkeit, Verfügbarkeit, Integrität oder Nachvollziehbarkeit von Informationen des Bundes direkt oder indirekt gestört oder gefährdet sind oder solches beabsichtigt wurde. Dies gilt insbesondere, wenn die angegriffenen Informatikmittel Zugang zu Informatikmitteln des Bundes haben oder wenn Anzeichen dafür bestehen, dass diese Angriffe zur Vorbereitung weiterer Cyberangriffe ausgeführt wurden oder mit Erpressung, Drohung oder Nötigung verbunden sind. Die Firma meldet Art und Ausführung eines solchen Cyberangriff spätestens innert 48 Stunden nach Entdeckung. Die Parteien tauschen sich dann laufend über Art und Ausführung, mögliche und tatsächliche Auswirkungen, geplante und getroffene Massnahmen aus.

Die Meldungen sind an folgende Stellen zu richten:

- Bedarfsstelle (*Ansprechstellen mit Kontaktangaben bezeichnen*), und
- Bundesamt für Cybersicherheit (BACS) via online-Formular<sup>3</sup>

Sofern die Bedarfsstelle oder das BACS es zum Schutz der Daten und Informationen des Bundes für notwendig erachten, gewährt die Firma ihnen und von ihnen für die Vorfallobearbeitung beigezogenen Dritten unverzüglich Zugang zu Analysen, Untersuchungsberichten und anderen Feststellungen und Informationen (Dokumente, Daten, Log-Daten, Gegenstände etc.), die es erlauben, den Cyberangriff und dessen Auswirkungen zu analysieren und abzuwehren.

IV. Die Firma erbringt der Bedarfsstelle halbjährlich unaufgefordert und ohne separate Verrechnung Nachweise zu ihrer Cybersicherheit in elektronischer Form. Sofern diese Nachweise als ungenügend erachtet werden oder wenn Hinweise auf Lücken in der Cybersicherheit bestehen, kann die Bedarfsstelle (oder ein Dritter in ihrem Auftrag) bei der Firma und von ihr beigezogenen Dritten Audits zur Cybersicherheit durchführen. Solche Audits werden 20 Arbeitstage zum Voraus angekündigt. Jede Partei trägt ihre Kosten des Audits selbst. Sollten jedoch im Rahmen eines Audits wesentliche Mängel der Cybersicherheit festgestellt werden, trägt die Firma neben den eigenen Kosten und den Aufwänden zur Behebung zusätzlich die Audit-Kosten der Bedarfsstelle.

V. Die Firma schuldet eine Konventionalstrafe, sofern sie ihren Meldepflichten aus den Ziffern I – IV gegenüber der Bedarfsstelle nicht oder nicht fristgerecht nachkommt oder entdeckte Schwachstellen bzw. festgestellte Mängel nicht umgehend behebt. Diese beträgt je Verletzungsfall 10% der gesamten Vergütung, mindestens jedoch CHF 10'000.-- je Fall. Die Bezahlung der Konventionalstrafe befreit die Firma nicht von der Einhaltung ihrer vertraglichen Pflichten. Die Konventionalstrafe wird auf einen allfälligen Schadenersatz angerechnet.

VI. Die Firma haftet für den Schaden, welcher der Bedarfsstelle durch Cyberangriffe und die Nichteinhaltung der Bestimmungen in Ziff. I – IV entsteht, sofern er nicht beweist, dass ihn kein Verschulden trifft.

## 18.5 Offenlegungspflicht

Die Firma hat zur Kenntnis genommen, dass die Vergabestelle auf Gesuch hin Dritten Zugang zu diesem Vertrag und allfälligen Nachträgen oder Anhängen zu gewähren hat, wenn die Vorgaben des Öffentlichkeitsgesetzes (BGÖ) erfüllt sind. Die Vergabestelle konsultiert in der Regel die Firma, wenn es die Gewährung des Zugangs in Betracht zieht, und gibt ihr Gelegenheit zur Stellungnahme innert zehn Tagen. Die Vergabestelle informiert die Firma über ihren Entscheid zum Zugangsgesuch (Artikel 11 BGÖ). Wenn die Vergabestelle gegen den Willen der Firma Dritten den Zugang zum Vertrag ganz oder teilweise zu gewähren hat, kann die Firma innert 20 Tagen nach Empfang des Entscheids der Vergabestelle dem Eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten schriftlich einen Schlichtungsantrag stellen (Artikel 13 BGÖ).

<sup>1</sup> Bundesgesetz vom 25. September 2020 über den Datenschutz, SR 235.1

<sup>2</sup> Bundesgesetz vom 18. Dezember 2020 über die Informationssicherheit beim Bund, SR 128

<sup>3</sup> Verfügbar auf <https://www.ncsc.admin.ch/ncsc/de/home.html>

Dokument basierend auf der Vorlage des Kompetenzzentrum Beschaffungswesen Bund KBB

7d4433b1-0574-44f5-b8fe-d32ecae6d849.docx

Strategischer Einkauf IT BBL | Februar 2024

## **18.6 Kreditvorbehalt**

Vorbehalten bleiben die jährlichen Kreditanträge und -beschlüsse der zuständigen Organe des Bundes zu Voranschlag und Finanzplan.

## **19 Dokumentation und Abschlussarbeiten**

Die Firma dokumentiert alle Leistungen in einer Granularität, die der Bedarfsstelle die bestimmungsgemässe Nutzung dieser Leistungen, den Betrieb, Unterhalt und Ausbau sowie eine Migration der Leistungen auf einen anderen Anbieter erlaubt.

Bei Beendigung des Rahmenvertragsverhältnisses insgesamt (insbesondere bei Kündigung) sowie bei Beendigung von Leistungen gestützt auf den jeweiligen Einzelvertrag ist der Bedarfsstelle eine andauernde und lückenlose Dokumentation der erbrachten Leistungen abzugeben. Diese Dokumentation ist immer Gegenstand der periodischen/projektbezogenen QS-Massnahmen gemäss Ziff. 5.

Die Inhalte der Dokumentation werden im jeweiligen Einzelvertrag genau festgelegt.

Auf Verlangen hat die Firma der Bedarfsstelle die Abschluss- und Übergabearbeiten 3 Monate vor Ablauf des Rahmenvertragsverhältnisses anzubieten. Diese beinhalten:

- Planung und Realisierung eines Abschluss- und Übergabe-Projekts.
- Nahtlose Übergabe der Leistungen und Lieferobjekte an mögliche, zukünftige Zuschlagsempfänger und diese mit all ihren zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen sowie nichts vorzukehren, was die Übertragung erschweren oder gefährden könnte.

## **20 Abtreten von Forderungen / Übertragung Rechtsverhältnis**

Die Forderungen, die der Firma aus dem vorliegenden Vertragsverhältnis zustehen, dürfen ohne schriftliche Zustimmung der Vergabestelle weder abgetreten, verpfändet noch in sonst irgendeiner Weise belastet werden.

Die Firma hat alle aus diesem Rahmenvertrag und gestützt darauf in Einzelverträgen vereinbarten Rechte und Pflichten ihren allfälligen Rechtsnachfolgern zu überbinden. Eine Übertragung von Rechten und Pflichten oder von Teilen des Vertrages bzw. des gesamten Rechtsverhältnisses bedarf der schriftlichen Zustimmung der Beschaffungsstelle. Die Beschaffungsstelle wird die Zustimmung nur aus wichtigen Gründen verweigern.

## **21 Keine einfache Gesellschaft**

Die Parteien bilden in keinem Fall eine einfache Gesellschaft im Sinne von Art. 530 ff. des Schweizerischen Obligationenrechtes (SR 220).

## **22 Anwendbares Recht / Gerichtsstand**

Auf Streitigkeiten aus diesem Vertragsverhältnis ist ausschliesslich schweizerisches Recht anwendbar unter Ausschluss des Kollisionsrechts und des Übereinkommens der Vereinten Nationen vom 11. April 1980 über Verträge über den internationalen Warenkauf (Wiener Kaufrecht, CISG, SR 0.221.211.1).

Ausschliesslicher Gerichtsstand ist Bern, Schweiz.

## **23 Gültigkeitsdauer, Änderungen und Beendigung des Rahmenvertrags**

### **23.1 Inkrafttreten / Rahmenvertragsdauer**

Der vorliegende Vertrag tritt unter Vorbehalt der allseitigen Unterzeichnung am 01.05.2025 in Kraft.

Er ist gültig bis 31.12.2030. Das Vertragsverhältnis endet ohne Kündigung mit Ablauf dieses Datums.

### **23.2 Rahmenvertragsänderungen**

Änderungen und Ergänzungen dieses Rahmenvertrages und dessen Vertragsbestandteile sind nur gültig, wenn sie von den Vertragsparteien schriftlich vereinbart werden. Dies gilt auch für die Aufhebung dieses Schriftlichkeitsvorbehaltes.



### 23.3 Kündigung aus wichtigem Grund

Jeder Vertragspartner ist berechtigt, vor Ablauf der festen Vertragsdauer den Rahmenvertrag und/oder die Einzelverträge bei schwerwiegender Verletzung durch die andere Partei aus wichtigem Grund mittels schriftlicher Kündigung aufzulösen. Vor der Kündigung wird die kündigungswillige Partei der anderen Partei vorgängig eine angemessene Frist setzen, innerhalb welcher sie dieselbe zu vertragskonformer Leistung auffordert.

Die Vergabestelle ist insbesondere berechtigt, den Rahmenvertrag fristlos aus wichtigem Grund zu kündigen, wenn

- über die Firma der Konkurs eröffnet wird oder sie ein Gesuch um Nachlassstundung einreicht oder in Liquidation tritt;
- die Firma die Liquidation (ausgenommen der Fall einer freiwilligen Liquidation zum Zweck der Fusion oder einer Reorganisation) erklärt;
- die Firma mit der Beschlagnahme ihres Vermögens konfrontiert wird;
- die Firma ihren vertraglichen Pflichten trotz schriftlicher Rüge und dem Setzen einer angemessenen Nachfrist nicht nachkommt.

Im Falle einer Kündigung aus wichtigem Grund bleiben sonstige Ansprüche der Vertragspartner, einschliesslich Gewährleistungs- und Schadenersatzansprüche sowie Konventionalstrafen und die Geheimhaltungspflichten, unberührt.

## 24 Ausfertigung / Unterzeichnung durch die Vertragsparteien

Die vorliegende Vertragsurkunde wird 3-fach ausgefertigt. Jede beteiligte Partei erhält ein unterzeichnetes Exemplar.

Die vorliegende Vertragsurkunde kann elektronisch unterzeichnet werden. Die Vertragsparteien anerkennen die elektronisch angebrachten Signaturen als rechtsgültig für den bindenden Vertragsabschluss.

### Für die Beschaffungsstelle

*Name der Verwaltungseinheit*

**Ort und Datum:**

*Vor- und Nachname / Funktion*

Unterschrift:

.....

*Vor- und Nachname / Funktion*

Unterschrift:

.....

### Für die Bedarfsstelle

*Name der Verwaltungseinheit*

**Ort und Datum:**

*Vor- und Nachname / Funktion*

Unterschrift:

.....

*Vor- und Nachname / Funktion*

Unterschrift:

.....

### Für die Firma

*Firmenname*

**Ort und Datum:**

*Vor- und Nachname / Funktion*

Unterschrift:

.....

*Vor- und Nachname / Funktion*

Unterschrift:

.....